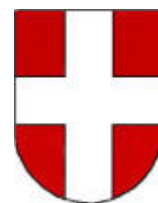




Die neue DBV
- wie der **GLB** dazu steht !

→ auf Seite 2/3

**Pensionsreform der Gemeinde Wien -
alle Fakten und Daten**



→ Seite 14 - 16

AK -WAHL WIEN 2004

Erfolg für den **GLB** , dennoch 2. Mandat um 2 Stimmen verpasst

→ Bericht auf Seite 18

*Gesundheitsreform 2005
Das Ende der Krankenkassen ???*

→ auf Seite 19 - 20

Die neuen Dienst und Betriebsvorschriften (DBV)

Viel wurde unseren Bediensteten bei der Ausgliederung der Wiener Linien versprochen, gehalten wurde jedoch nichts!

Wie sich jetzt herauskristallisierte, wurde schon kurz nach der Ausgliederung die ersten Verhandlungen über eine Änderung der bestehenden DBV geführt.

Das Ziel der Unternehmensführung: Maximale Ausreizung der Arbeitszeit, flexiblere Arbeitskräfte (z.B. Dienstort, Rahmenzeiten) wurde mit freundlicher Unterstützung der FSG-Personalvertretung erreicht.

Die Argumente der FSG-Personalvertretung

Man hat der neuen DBV nur deshalb zugestimmt, um ein weiteres gemeinsames Dienst leisten von Alt- und Neupersonal auf den Dienststellen gewährleisten zu können. Hätte die Personalvertretung den Forderungen des Dienstgebers nicht zugestimmt, würden Altbedienstete längerfristig auf eigene Dienststellen zusammengefasst werden.

Vertragsbedienstete würden bei nicht Zustimmung gekündigt werden.

Altbedienstete könnten an andere Töchterbetriebe/Bereiche verliehen werden.

Der GLB meint – rein theoretisch wären diese Horrordimensionen möglich, jedoch unwahrscheinlich, denn für keine Wiener Stadtregierung wäre es politisch durchsetzbar tausende Vertragsbedienstete zu kündigen.

Ein gemeinsamer Dienstablauf wäre mit neutralen Gruppen, die von Alt und KV-Bediensteten betrieben werden könnten, auch in Zukunft möglich gewesen.

Gleichzeitig ist mit dem Zusammenlegen von Dienststellen z.B. Ottakring – Breitensee, die eigene Dienststelle sowieso nur mehr theoretisch vorhanden.

In Zukunft sind sogar noch größere Einheiten geplant z.B. Ottakring – Breitensee – Rudolfsheim – Speising, jeder Bedienstete kann sich selbst ausmalen, wie flexibel er in Zukunft sein muss!

DBV – Neu - Mehr Leistung – schlechtere Arbeitsbedingungen – mehr Belastung – schlechtere Arbeitszeiten

In Kraft treten wir sie voraussichtlich im Herbst und bedeutet eine Anpassung an die KV-Bediensteten.

Die wesentlichen Änderungen werden sein:

Reduzierung der Antrittszeit – wie KV-Bedienstete **15 Min. + 5 Planlesezeit.**

Abgeschafft wurde:

Die 28% Regelung, bezahlt wird die tatsächliche Anwesenheit (kein Durchrechnungsüberstunden mehr), große Fahrdienstzulage (K3250), Fahrerbeurteilung (K3260 maximal 108 •), Aushelferzulage, Weihnachtsremuneration, außerordentliche Steiger.

Geh- und Wegzeit

Wird nur mehr dann bezahlt, wenn Anfang und Ende der Dienstzeit an unterschiedlichen Dienstorten ist.

Zukünftige Arbeitszeiten

Von Betriebsbeginn bis 10 Uhr können Bedienstete durchgehend bis zu 4 Stunden am Fahrzeug sein, von 10:00 bis 18:00 Uhr 3,5 Stunden und von 18 Uhr bis Betriebsschluss ebenfalls 4 Stunden.

Bei Einschüben wird die Zeit der Wagenübernahme eingerechnet.

GLB Kommentar – Diese Regelung bedeutet für unsere Fahrbediensteten eine unzumutbare Mehrbelastung, vor allen in den Sommermonaten. Auch ist es absehbar, dass in Zukunft durchgehend 4 Stunden gefahren wird!

Unterbrecher

Zukünftig möglich bis 22 Uhr (jedoch nur mit Zustimmung der Personalvertretung), an Sonn- und Feiertagen wird es keine Unterbrecherdienste geben.

GLB Kommentar – Warum wurde diese Regelung festgeschrieben? Der GLB ist der festen Überzeugung, dass es nur eine Frage der Zeit ist, das wir auch Brüche bis 22 Uhr fahren werden.

Ruhezeit

Grundsätzlich min. 8 Stunden, jedoch schon ab Wagenübernahme, die Nachruhe kann 1x wöchentlich auf 6 Stunden reduziert werden.

Rolldienstzulage

Zum Grundlohn und allgemeiner Dienstzulage kommt eine leistungsabhängige Rolldienstzulage.

Die Rolldienstzulage beträgt je halber Stunde 2,86 • oder 5,72 • pro Stunde. Davon werden 10% als Erschwerungszulage steuerlich (begünstigt) anerkannt. Der Rest – 90% sind das Leistungsentgelt.

Im Urlaub bekommt der Bedienstete nur das Grundgehalt.

Die Rolldienstzulage fällt in die anrechenbaren Nebengebühren und wird im Septembergehalt ausgezahlt.

GLB Kommentar – Die finanzielle Neuregelung bedeutet mehr Leistung – schlechtere Arbeitsbedingungen – mehr Belastung – schlechtere Arbeitszeiten, bei mehr oder minder gleichen Lohn.

Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, wie schnell Zulagen gestrichen - verringert oder einfach nicht mehr in die anrechenbaren Nebengebühren eingerechnet werden!

Wir sind der Meinung, dass es in absehbarer Zukunft als zweiten Schritt, es auch zu massiven finanziellen Einbußen kommen wird.

Durchrechnung

Auch Altbedienstete bekommen eine Durchrechnung, der Durchrechnungszeitraum beträgt 4 Wochen.

Es wird nur mehr die tatsächliche Arbeitszeit verrechnet. 160 Std! Ist der /die Bedienstete nach 4 Wochen mit den Stunden im Minus, wird dennoch die Soll – Arbeitszeit verrechnet. Überstunden gehen nicht in die Durchrechnung. Überstunden am ZF Tag werden nach 22:00 Uhr mit 100% abgegolten.

Verwendung in anderen Betriebszweigen

z.B Fahrerexpeditior, Fahrscheinprüfer werden anteilig die Rolldienstzulage weiterbezahlt- 75% der Rolldienstzulage, jedoch bei keiner Verrechnung von anderen Zulagen.

Krankenstand

Gleiche Regelung wie bisher

Leichtdienst

Im Leichtdienst wird es in Zukunft eine bessere finanzielle Sicherstellung geben als bisher. Zum Grundgehalt werden täglich 3 Stunden (343,20 •) der Rolldienstzulage bezahlt.

Bei einer Betriebszugehörigkeit bis zu drei Jahren wird die „Zulage“ 2 Monate bezahlt. Bei einer Betriebszugehörigkeit ab 15 Jahren bis zu einem Jahr.

Alle Bediensteten beginnen bei 0, egal wie viele Dienstjahre er/sie hat.

GLB Kommentar – Grundsätzlich bedeutet diese Regelung eine finanzielle Besserstellung im Leichtdienst, jedoch keinen Schutz vor Kündigung!

Diese Regelung muss jedoch realistisch betrachtet werden, die Wiener Linien wollen einsparen, bei einem zukünftigen Pensionsantritt von 65 ist es absehbar, dass die Anzahl von Leichtdienstlern im fortschreitenden Alter massiv steigen wird (Abzug von Fahrdienst auf Grund altersbedingter Erkrankungen). Hier ist es unrealistisch anzunehmen, dass vor allem KV-Bedienstete in den Genuss dieser Regelung kommen werden!

Weihnachten

Bedienstete, deren Dienste nach 17:00 Uhr enden, versehen maximal 5 Stunden Dienst.

Leere Versprechungen der FSG!

– Die meisten werden sich noch gut erinnern können, als es zur Ausgliederung der Wiener Stadtwerke kam, wurden die FSG-PV's nicht müde, allen zu versichern, es würde sich im wesentlichen nichts ändern - schon gar nicht würde einer Aufweichung der bestehenden Regelungen zugestimmt werden.

Nun versucht die FSG mit Zuckerbrot und leeren Versprechungen den Bediensteten diese Reform schmackhaft zu machen.

Was sind Versprechungen und Zusagen der FSG an die Bediensteten wert? - sie wurden in der Vergangenheit nicht eingehalten und wie es in der Zukunft sein wird, kann sich jeder Bedienstete denken.

Der GLB lehnt Verschlechterungen für Altbedienstete ab!

– Vertragsbedienstete und Pragmatisierte sind zu ganz bestimmten Bedingungen in den Gemeindedienst eingetreten, eine Änderung ist ein Schlag ins Gesicht aller Bediensteten!

Der GLB wird daher in allen Gremien diese Verschlechterungen für unsere Bediensteten ablehnen!

Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GLB/GdG



UNO contra USA und GB



Die UNO ist eine Organisation souveräner Staaten, sie setzt sich ein, um internationale Zusammenarbeit zu fördern, internationale Probleme und Streitigkeiten zu lösen und behandelt Angelegenheiten, die, die ganze Welt betreffen.

Nach den entsetzlichen Erfahrungen im 2. Weltkrieg wurde 1945 die UNO mit Sitz in New York gegründet.

Die primären Ziele der UNO sind: Erhaltung des Weltfriedens, die internationale Sicherheit, die freundschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten sowie der unbedingte Schutz der Menschenrechte.

Die Aufzählung der oben genannten Punkte, lässt uns allerdings schon sehr nachdenklich werden. Der UNO-Sicherheitsrat trägt die Hauptverantwortung – im Sicherheitsrat sind immer, **als ständige Mitglieder –** **welch ein Hohn wenn man an den Irak- und Tschetschenienkrieg denkt** – die USA, Russland, China, Frankreich und England vertreten.

Bekanntlich verbietet die UNO – Charta (der zentrale völkerrechtliche Vertrag zur Sicherung des Weltfriedens), jeden Kriegsangriff. Jeder Staat ist verpflichtet, seine Konflikte im Sinne der UNO friedlich zu lösen. Anscheinend ging das an den USA und GB vorbei.

Eine der ersten Aufgaben der UNO war, die Formulierung der Menschenrechte, die auf der geschichtlichen Erklärung der Grundrechte der Menschen basieren, wonach jeder Mensch ein Grundrecht auf Leben, Freiheit, Religion und Arbeit hat.

Die Regierungen der USA und England haben bekanntlich ohne UNO-Mandat einen kriegerischen Angriff gegen den Irak durchgeführt.

Präsident Bush hat auch wiederholt erklärt, dass er die UNO für irrelevant hält, wenn sie einem Krieg mit dem Irak nicht zustimmt.

Es ist erschreckend zu erkennen, dass die Regierungen von USA und GB, solche totalitären Vorgangsweisen wählen und damit das System UNO in Frage stellen, indem sie das Völkerrechtsabkommen der UNO zerstörten und somit die UNO als Ganzes in Frage stellen.

Nur wenn unser Land und viele andere Staaten ihre Stimme erheben, kann die friedensstiftende Autorität der UNO und die Gültigkeit der UNO-Charta erhalten bzw. wiederhergestellt werden, denn momentan wird nur nach dem Recht des Stärkeren agiert.

Wenn die USA und gewisse andere Staaten sich ihre eigenen Rechte und Gesetze schaffen und nach belieben einen Krieg nach dem anderen anzetteln ohne Beschränkung von außen, sind für unsere Kinder die Weichen für Terror und Gegenterror gestellt. Das beste Beispiel sind Israel und Palästina, hier konnte und kann die UNO wegen des ständigen Vetos der USA nicht wirken.

.....oder will sie nicht wirken?!

Von der Öffentlichkeit fast unbeachtet blieb bisher eine Initiative des umtriebigen UNO – Generalsekretärs Kofi Annan.

Er spekuliert damit die Privatwirtschaft mit ins UN-Boot zu holen, denn wenn schon die Amerikaner mit ihren Zahlungen an die UNO nicht nachkommen (wollen?) vielleicht kann ja dann Coca Cola, IBM, Microsoft oder Boeing einspringen. Oder wie wäre es mit einem verheißungsvollen Ölkonzern? Jetzt stellt sich aber die Frage, wie haben dann die Gegenleistungen der UNO auszusehen? Vielleicht ein kleiner Krieg um Rohstoffe da und ein anderer dort um sonst irgendwas? Vielleicht ein dezentres wetteifern mit der Nato? Wie auch immer – deutlich wird nur, dass sich Kofi Annan mit seinen Ideen auf sehr,sehr dünnem Eis bewegt!

Doris Grössinger

Verbesserungsvorschlag – Lösung für vereiste Weichen

Da es wie in jedem Winter immer wieder zu Vereisungen der Weichen kommt, die in weiterer Folge zu massiven Störungen des Betriebes führen, würde es eine Möglichkeit geben, sich im nächsten Winter einige Störungen zu ersparen.

Das Problem an den Weichen ist die Auslegung der Weichenheizung.

Die Weichenheizung liegt im Außenbereich der Weiche, somit kann auch nur der Außenbereich beheizt werden. Die restliche Wärme heizt eigentlich nur die Straße.

Für normale Verhältnisse würde diese Weichenheizung ausreichen, aber nicht für Schneeverwehungen und extreme Kälte.

Das Hauptproblem der Heizung liegt auf der Innenseite, bei der Weichenspitze, denn dort sind zwei Vertiefungen in denen sich Eis bildet, dadurch ist dann kein Platz mehr für die Weichenspitze um die Position zu verstellen.

Würde man aber im Innenbereich eine wesentlich kürzere Weichenheizung einbauen und diese in 2 Phasen schalten, wie z.B. Phase 1.) die

neue kurze Heizung, die viel effektiver wäre, da auch die Elektronik im Weichenkasten eine gewisse Temperatur erreichen würde und somit nicht so anfällig wäre

Phase 2.) bei ganz extremen Verhältnissen die derzeitige alte Weichenheizung hinzuschalten um einen besseren Erfolg zu erzielen und damit einen reibungslosen Ablauf des Fahrbetriebs zu gewährleisten.

....und obendrein würde man damit sehr viel Geld sparen, da die Weichenheizungen, die in der ersten Phase laufen, sehr viel kürzer sind und daher weniger Strom verbrauchen. Dieser Vorschlag wurde an die zuständige Personalabteilung der Wiener Linien weitergeleitet.

Euer Willi
Bhf. Speising



Autofriedhöfe auf Dienststellen

Zum Ärger vieler KollegInnen, und das sicher nicht nur in Speising, werden immer wieder Autowracks am Bahnhofsgelände abgestellt, die dann monatelang nicht entsorgt werden. Mitarbeiter deren Dienst erst nach sechs Uhr morgens beginnt, haben kaum eine Chance, ihre Autos zu parken. Hier kritisiere ich aber nicht Autos die durch einen technischen Defekt oder einen Unfall vorübergehend fahruntauglich sind, sondern die, die dort einen Dauerparkplatz beanspruchen. Sie rosten vor sich hin und verlieren mitunter auch Öl, was wieder gegen jede Umweltauflage verstößt. Immer wieder muss man dann hö-

ren, dass es sich um einen Privatgrund handelt, was Probleme beim Abschleppen oder Entsorgen durch die MA 48 mit sich bringt. Hinzuweisen wäre aber noch auf den Wink mit dem Zeigefinger eines Verkehrsführer, der meinte, jedes Fahrzeug ohne Parkgenehmigung abschleppen zu lassen.

Eurer Kollege
Heinzl Koudelka



Glück oder Unglück – EU goes Entenhausen



Ein europäisches Land nach dem anderen hat in den vergangenen Jahren einen wirtschaftlichen Rückgang und gleichzeitig aber eine Zunahme des Klassenkampfes erlebt. Maastricht, der Euro und alle anderen Verträge

haben verstärkt Kampfgefühle und Wut innerhalb der Bevölkerung der EU bewirkt.

Überall erheben sich die Arbeiter massiv gegen dieselbe Art von Politik, denn überall kommt es zu Angriffen auf Pensionen, Sozialleistungen, Bildung, öffentlicher Verkehr usw. Und überall, von Österreich bis Spanien und von Griechenland bis Italien sehen wir uns Streiks und Demonstrationen gegenüber, auf eine Art und Weise wie es noch nie da war.

Für Österreich war 2003 „Das Jahr der Streiks“ schlechthin. Was es gebracht hat, ist hinlänglich bekannt – nämlich fast nix! Irgendetwas kann ja nicht stimmen, wenn sich der Kanzler voll des Lobes über einen „besonnenen ÖGB -Präsidenten Verzetnitsch“ äußert und die Wirtschaft wieder erleichtert aufatmet. Es ist müßig, darüber noch viel nachzudenken.

Kein Land innerhalb der EU ist gegen die Maßnahmen aus Brüssel und gegen deren Folgen immun.

Eine neue Ära wird beginnen. Eine Ära, die von endlosen Konflikten zwischen den EU-Mitgliedstaaten gezeichnet sein wird. Einige Länder werden miteinander Bündnisse eingehen um ihr eigenes kleines Stück vom EU-

Kuchen zu verteidigen, es ist anzunehmen, dass Deutschland, Frankreich und Großbritannien dazu zählen werden. Aber ebenso schnell werden diese Bündnisse wieder zerbrechen, wenn nach einiger Zeit die widersprüchlichen Interessen der verschiedenen Länder auf die Oberfläche kommen.

Dann wird man sehen, was die EU wirklich ist, nämlich eine riesige Sauerei den Arbeitern gegenüber, denn diese müssen die Rechnung dafür bezahlen.

Nicht die hohen Brüsseler Beamten und Konsorten, die enorme Gehälter dafür beziehen, Europa in eine 2 Klassen Gesellschaft zu stürzen. Für schwachsinnigste Aktionen beziehen diese Damen und Herren monatlich tausende von Euro, die wirklich sinnvoller angelegt werden könnten.

Da werden z.B. tausende Tonnen Orangen, Karotten, Gurken usw. vernichtet, weil die Grösse oder das Gewicht nicht EU-konform ist und somit der EU-Richtlinie nicht entspricht. Wahnsinn, wohin gehst du noch! Jedes Obdachlosenheim und jeder Hungernde würde sich über krumme Gurken oder zu große Orangen und Karotten freuen!

Überall in Europa greifen alle Regierungen, sind sie „rechts“, „links“ oder in der „Mitte“ die Errungenschaften der Arbeiter an.

Wie schon vorher betont, sieht man es am deutlichsten beim Angriff auf die Pensionen und der Sozialsysteme.

Pensionsleistungen werden von der Wirtschaft aller Länder als Zugeständnisse aus der Nachkriegszeit betrachtet, die sie sich nicht länger leisten **wollen, weil sie ihre Gewinne maximieren wollen.**

Die Unternehmer Europas sehen sich aber einer bis jetzt unbesiegbaren Arbeiterklasse gegenüber, die in „noch“ mächtigen Gewerkschaften organisiert ist. Dass die europäische

Wirtschaft und das Kapital einige Siege und Kürzungen errungen haben, lag nur an der Rolle der Gewerkschaften und der so genannten Arbeiterparteien. Diese leben noch immer in den hohen Sphären der Vergangenheit und sind nach wie vor der Meinung, dass sie Kompromisse und Zugeständnisse machen müssen, um noch größere Schweinereien für die Zukunft zu vermeiden.

Diese so genannten „Führer“ haben nichts verstanden, sie weigern sich die Ära zu verstehen in die wir mit der EU eingetreten sind. Das ganze System befindet sich in einer allgemeinen Krise.

Die Wirtschaft benützt die EU als Werkzeug, um den Druck auf die Arbeiterklasse immer mehr zu erhöhen. Die Arbeiter werden dies durch schmerzhaft Erfahrungen und immer größere Zugeständnisse verstehen lernen. Aber ebenso werden sie lernen müssen, diese „Führer“ auszuwechseln und sie gegen ehrliche Interessenvertreter und Klassenkämpfer einzutauschen. Die Arbeiter werden erwachen müssen und sie werden ihre schwer erkämpften und erarbeiteten Errungenschaften der Vergangenheit verteidigen müssen.

Anständige Pensionen sind ein erarbeitetes Recht, nicht ein mildtätiges Zugeständnis seitens der Wirtschaft und der Regierung, welchen Landes auch immer. Die Arbeiter haben dafür gearbeitet und in die Pensionsversicherung eingezahlt. Es ist ihr Geld und das soll und wird nicht kampflos aufgegeben werden. Dieser Kampf muss, soll und wird weitergeführt werden. Durch diesen Kampf zur Verteidigung der Pensionen, der Löhne, der Ar-

beitsplätze, des Sozialsystems, der Arbeitsbedingungen usw. werden sie zu dem Schluss kommen, daß die EU als Ganzes total krank ist. Die Schweizer waren uns um Lichtjahre voraus mit ihrer Weigerung zum EU-Beitritt. Sie sahen die fundamentalen wirtschaftlichen Widersprüche voraus, die unter den EU-Mitgliedstaaten entstanden sind. Diese wird jetzt durch die EU-Osterweiterung noch verschärft. Das Gefälle im Entwicklungsniveau wird durch den Zugang von Staaten wie Polen, Slowakei, Tschechien, usw. noch zunehmen.

Die neuen EU-Oststaaten erhoffen sich Milch und Honig vom EU-Beitritt. Das Erwachen aber wird böse werden und die EU wird sich auch für die Oststaaten zum Albtraum entwickeln.



Die meisten dieser neuen Länder dürfen der Euro Zone nicht beitreten. Polens Industrie ist immer noch Lichtjahre hinter der, von Ländern wie Österreich oder Deutschland zurückgeblieben und die Wirtschaft dieses Landes ist von der Landwirtschaft abhängig.

Der EU-Beitritt bedeutet aber für tausende polnische Bauern den Ruin. Sie leben in dem Wahn von milliardenschweren Subventionen der EU.

Für sie und die anderen neuen EU-Staaten wird es ein Schock sein, zu erkennen, dass der Beitritt selbst keinen Wohlstand bringt, sondern eher das Gegenteil der Fall ist.

*Eure Fini
Bhf. Speising*

Unser Saddam

GIFT, GELD UND SPIONAGEFOTOS • Wir haben ihm alles gegeben

Gott sei Dank, Saddam ist endlich zurück in amerikanischen Händen. Er muss uns wirklich vermisst haben. Schlecht sah er aus. Aber immerhin – er bekam eine kostenlose Zahnuntersuchung. Die meisten Amerikaner können davon nur träumen. Früher war Amerika von Saddam sehr angetan. Wir liebten ihn. Mit viel Geld haben wir ihn bewaffnet und ihm geholfen, iranische Truppen zu vergasen. Aber dann hat er alles durcheinander gebracht mit seinem Überfall auf die in Kuwait herrschende Diktatur. Damit hat er das Schlimmste getan, was man sich vorstellen kann – er bedroht einen noch größeren Freund von uns, nämlich die Diktatur in Saudi-Arabien und seine reichen Ölreserven. Der Bush-Clan und die saudische Königsfamilie waren und sind enge Geschäftspartner. Damals im Jahre 1990 beging Saddam einen schweren Fehler, indem er etwas zu nah an das Vermögen der Saudis herankam. Von da an ging es abwärts mit ihm. Das war nicht immer so. Saddam war unser guter Freund und Verbündeter, wir unterstützen sein Regime. Einem Mörder zur Seite zu stehen, Doktor Frankenstein zu spielen, war uns immer sehr angenehm. Und so haben wir eine Reihe von Monstern hervorgebracht: Den Schah von Iran, Somoza in Nicaragua und Pinochet in Chile. Später dann taten wir so, als wären wir schockiert und hätten nichts gewusst, als diese Leute Amok liefen und ihre Völker massakrierten. Saddam mochten wir vor allem, weil er bereit war, gegen die Ayatollahs zu kämpfen. Deshalb gaben wir ihm Milliarden Dollar für Waffenkäufe. Und wohlgemerkt: Es ging im Massenvernichtungswaffen. In der Tat, er hatte sie. Wir müssen es ja ganz genau wissen, denn wir haben sie ihm gegeben. Amerikanische Unternehmen hatten nicht nur die Erlaubnis, mit Saddam in den achtziger Jahren Geschäfte zu machen; sie wurden sogar ausdrücklich ermuntert. Auf diese Weise hat er chemisch und biologische Substanzen erhalten, die dann für C- und B-Waffen verwendet wurden. Dabei ging es, wie in dem Bericht des US-Senats aus dem Jahre 1944 nachzulesen ist, um folgende Erreger und hochtoxische Stoffe: Bacillus Anthracis, Clostridium, Botulinum, Histoplasma Capsulatum, Brucella Melitensis, Clostridium Perfringens und Clostridium Tetani. Engste Verbindungen unterhielt Saddam auch zu Unternehmen aus anderen bekannten Branchen, darunter viele bekannte Namen: AT&T, Bechtel, Caterpillar, Dow Chemikal, Dupont, Kodak, Hewlett-Packard und IBM. Wir waren mit Saddam so

innerlich verbunden, dass wir ihm sogar die Satellitenaufnahmen zuspielten, mit denen er die iranischen Truppen exakt lokalisieren konnte. Wir wussten genau, was er mit den Informationen machen würde. Und so geschah es dann: Unmittelbar nach Erhalt der Spionagefotos vergaste er iranische Soldaten. Ein Jahr nach Beginn dieses Massenmordes wurden die diplomatischen Beziehungen mit ihm vollständig wiederhergestellt. Spätestens als er dann einen Teil des irakischen Volkes, die Kurden, vergaste, hätte es doch, so könnte man meinen, zu einem Bruch zwischen, ihm und uns kommen müssen. Tatsächlich versuchte der Kongress, Sanktionen gegen Saddam zu verhängen. Aber die Reagan-Regierung wies dieses Vorhaben sofort zurück. Genau so wie Frankenstein aus der Mythologie geriet Saddam dann allerdings außer Kontrolle. Er tat nicht mehr das, was sein Meister ihm vorgab und musste wieder eingefangen werden. Und jetzt, da er aus der Wildnis zurückgekehrt ist, wird er möglicherweise etwas sagen wollen, nicht zuletzt über seine Schöpfer, seine treuen Verbündeten von damals. *Dieser bissig-ironische Kommentar des Oscar-Preisträgers, Filmemachers und Schriftstellers Michael Moore hat ihrem Verfasser, von Präsident Bush und seinem Regierungsteam höchste „Missbilligungen“ eingetragen. Was man aus deren Sicht durchaus verstehen kann – wenn man bedenkt, dass die vom Autor angeführten Fakten nicht „aus der Luft gegriffen“, sondern bittere US-Realität sind.*

War nur der Geheimdienst schuld?

In welcher, gelinde gesagt, „erklärungsbedürftiger“ Lage sich US-Präsident Bush und sein britischer Kumpan Tony Blair derzeit befinden, zeigt deren Flucht nach vorn: die Geheimdienstberichte, aufgrund deren Angaben von „Massenvernichtungswaffen“, die Saddam Hussein angeblich besaß und mit denen er die USA bedrohen wollte, sind bis dato nicht gefunden worden. Nun soll „geprüft“ werden, ob die smarten Herren vom US- (und auch vom britischen) Geheimdienst die Fakten „geschönt“, d.h., maßlos übertrieben haben und dieses „Ergebnis“ dann dem Präsidenten (und Tony Blair) als Kriegsgrund auf den Tisch des Weißen Hauses (und den in Londons Downing Street 10) gelegt haben. „Ich möchte, dass das amerikanische Volk weiß, dass auch ich die Tatsachen wissen will“, sagte Mister Bush. Reichlich spät will der

Präsident nun Klarheit darüber haben, ob der „grässliche Verdacht“, Saddam Hussein sei ohne Waffen, die Bedrohung für die USA habe es nie gegeben und die Gründe für den Irakkrieg seien womöglich eine Fälschung gewesen. Und davon haben Mr. Bush und Kriegsfreund Blair nichts gewusst? Wer soll zwei so gewieften Politikern das abnehmen? Für wie dumm hält man die amerikanischen und britischen Bürger und die Menschen insgesamt eigentlich? Die ganze Schmierkomödie soll offenbar vergessen machen oder zumindest kaschieren, dass ein völkerrechtswidriger Angriff auf einen anderen Staat aufgrund gefälschter oder zumindest maßlos übertriebener geheimdienstlicher „Dokumente“ stattgefunden, das Verhältnis zur UNO beschädigt und EU-Staaten,

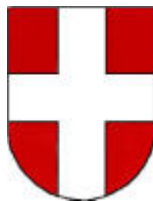


insbesondere Frankreich und Deutschland wie lästige Armutschkerln behandelt wurden. Und nicht zuletzt die bittere Tatsache, dass mindestens 500 amerikanisch Soldaten bisher ihr Leben lassen mussten, unzählige Bürger irakische Opfer von Terroranschlägen und besatzungsbedingten Zuständen wurden, und nicht zuletzt, dass monatlich vier Milliarden Dollar Kosten für die Besetzung des Irak den amerikansichen Steuerzahler zur Kasse bitten. Um Missverständnissen vorzubeugen: dem Diktator und Massenmörder Saddam Hussein weint niemand eine Träne nach, aber um ihn auszuschalten hätte es zweifellos andere Mittel und Methoden gegeben, wie sie nicht zuletzt der US-Geheimdienst schon vielfach angewendet hat

Quelle: Der neue Mahnruf

Wien ist anders?

Das will und jedenfalls unser Bürgermeister Glauben machen. In Wahrheit wird in Wien seit Jahren eine konsequente Politik der Ausgliederung und Privatisierung betrieben – und zwar unabhängig von den politischen Mehrheiten. Seit ca. zehn Jahren läuft der Umbau der Wiener Stadtverwaltung in Richtung neoliberale Stadt. Oberster Koordinator ist der Magistratsdirektor Dr. Theimer. Seine Vorstellungen hat er in der Rathauskorrespondenz offen dargelegt – sein Konzept ist das „New Public Management“. Dabei wird die öffentliche Verwaltung wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen nach rein gewinnwirtschaftlichen Kriterien geführt. Die zentrale Frage in diesem System ist: was kostet es eine Leistung zu erbringen? Es geht nicht mehr darum, was bringt es den Betroffenen, wenn ich eine Leistung als Stadtverwaltung zur Verfügung stelle? Es geht auch nicht darum, wie erreiche ich, dass möglichst alle, die Leistungen bekommen, die sie brauchen? Und weil die gesamte Stadtverwaltung wie ein Privatunternehmen geführt wird, kann man auch fast alle Leistungen ausgliedern und / oder privatisieren. Stadtwerke, städtische Museen, der Krankenanstaltenverbund waren schon dran.



prävention“ als obersten Chef des Fonds eingesetzt. Soziale Dienstleistungen werden nicht mehr durch die Stadt angeboten. Sie sind Waren, die auf einem Dienstleistungsmarkt bei privaten Anbietern von der Stadt gekauft werden, und denjenigen, die sie brauchen, gegen entsprechende Tarife zur Verfügung gestellt werden, oder auch nicht. Es geht also nicht mehr um Verteilungsgerechtigkeit, menschliche Würde, Emanzipation etc., sondern um marktwirtschaftliche Beziehungen. Magistratsdirektor Theimer sagte schon 1995 ganz klar: „Auch besteht – insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich – die Gefahr eines nachfrageinduzierenden Angebots und eines uferlosen Kostenanstiegs. Hier muss sich das Leistungsangebot der Verwaltung an den zur Verfügung stehenden Mitteln orientieren: Nicht was alles wünschenswert wäre, kann der entscheidende Maßstab sein, sondern was davon kann (und will) man aus öffentlichen Mitteln finanzieren.“ (Zitat aus Rathauskorrespondenz 22. 08. 1995)

Und die FSG in Gewerkschaft und Arbeiterkammer?

Die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen tragen diese Politik ihrer Partei brav mit. Anträge, die sich gegen die neoliberale Politik des Rathauses wenden, werden in den diversen Gremien mit ihrer Mehrheit niedergestimmt! Eine Stärkung des GLB in der Arbeiterkammer bedeutet somit, eine von den Rathausparteien unabhängige Interessensvertretung zu haben!

Rudi Fischer

Droge Sozialleistung

Jetzt wurden die Sozialleistungen der Stadt in den „Fond soziales Wien“ ausgegliedert. Oberster Chef des Fonds wurde der bisherige Drogenkoordinator. Offensichtlich ist es Ziel, „die Sucht der Bevölkerung nach Sozialleistungen“ in Grenzen zu halten. Sonst hätte man ja wohl keinen „Experten für Suchtmittelmissbrauch und Sucht-

Es war an einem sonnigen Samstagvormittag im Februar dieses Jahres, als ich beim Greißler ums Eck noch eine Kleinigkeit einkaufen wollte.

Unter den KundInnen, die vor mir an der Reihe waren, fiel mir eine kleine, alte Frau auf, die sehr ärmlich gekleidet war. Sie schleppte einen riesigen Einkaufskorb, der fast zur Gänze mit Katzenfutter der billigsten Sorte gefüllt war. Sie kaufte 1/8 Butter, 1/4 Milch und 5 dkg Dürre, dann verließ sie hastig hummelnd das Geschäft.

Da ich zu dieser Zeit der letzte Kunde war, kam ich mit dem Greißler ins Gespräch.

„Die alte Dame muß ganz schön viel übrig haben für ihre Katzen.“ meinte ich.

Der Greißler senkte betreten den Kopf und murmelte: „Katzen hat die doch schon lange keine mehr“.

Im Zuge des Gespräches erzählte er mir, daß die alte Frau schon seit vielen Jahren von einer Mindestrente in der Höhe von circa • 320.— lebte.

„Davon muß sie die Miete bezahlen, und natürlich Gas, Strom und Wasser. Zum leben bleibt da nicht viel. Besonders schlimm ist es im Winter, da schnorrt sie auf dem ganzen Brunnenmarkt Kartons und Kleinholz, damit sie wenigstens ein bisschen was zum Heizen hat.

Voriges Jahr hat ihr meine Frau einen alten Wintermantel geschenkt, den hütet sie wie ihren Augapfel und trägt ihn nur am Sonntag, wenn sie in die Kirche geht.

Allerdings ist sie bei weitem nicht die Einzige in unserer Gegend, die so leben muß...“ Unser Gespräch wurde unterbrochen, da neue KundInnen das Geschäft betraten.

Natürlich ließ mir die Angelegenheit keine Ruhe.

Am darauffolgenden Montag sprach ich mit dem Filialleiter des nächstgelegenen Supermarktes über dieses Thema.

„Wenn es nach der Menge an Katzen- und Hundefutter geht, die wir allein in dieser Filiale wöchentlich verkaufen, müßte fast jeder Haushalt in der Gegend mindestens 4 Tiere halten“, meinte er.

„Natürlich haben wahrscheinlich alle, die so leben, Anspruch auf die Ausgleichszulage, aber entweder wissen sie es nicht, oder sie genieren sich, einen Zuschuß zu beantragen. Sehr viele von ihnen sind auch ganz einfach nicht in der Lage, das Antragsformular auszufüllen.

Das ist nämlich so lang und so umständlich verfaßt, daß sogar ein befreundeter Akademiker, dem ich es gezeigt habe, das Handtuch geworfen hat.“

Nochmals: wir schreiben das Jahr 2004, nicht 1930, und wir sind in Wien.

Bei der letzten Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer hat der GLB den Antrag gestellt, daß die zuständigen Stellen ein amtliches Ermittlungsverfahren über den Anspruch auf die Ausgleichszulage durchführen und diese Zulage dann auch ohne weiter antragstellung zur Auszahlung bringen müssen.

Der Antrag wurde angenommen.

Die dazu erforderliche Gesetzesänderung steht allerdings noch aus.

G. Haupt
Stellv. Vors. GLB/GdG



2.000,- Euro Selbstbehalt?

Vorschläge der Ärztekammer zur Sanierung der Krankenkassen

Die Bundesregierung hat vorgeschrieben: die Ausgaben der Krankenkassen müssen sich an den Einnahmen orientieren. Wenn die Einnahmen wegen schlechter Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit nicht entsprechend wachsen, so sind Leistungen zu kürzen. Die Ärztekammer hat ein wirtschaftliches Interesse daran, dass es zu keinen Einkommenskürzungen ihrer Mitglieder kommt. Sie hat daher Vorschläge zur Sanierung der Krankenkassen gemacht. Neben Beitragserhöhungen, Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage und einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sind sie für eine neue Form von Selbstbehalt. Leistungen des Gesundheitssystems sollen in Zukunft in Form eines „Neuen Selbstbehaltes“ von den Versicherten selbst bezahlt werden, und zwar bis zu 2.000,- Euro pro Jahr. Die Ärztekammer nennt dies eine „Geringfügigkeitsgrenze“. **Es ist schon erstaunlich, welcher Betrag für die Ärztekammer geringfügig ist!** Um auch hier in bewährter Manier „sozial abzufedern“, wird von der Ärztekammer vorgeschlagen, im Rahmen der Lohnsteuer für den notwendigen sozialen Ausgleich zu sorgen. Ein sozialer Ausgleich habe nicht über die Versicherungsbeiträge zu erfolgen, sondern ausschließlich über das Steuersystem! Damit wird aus der Sozialversicherung eine stinknormale Versicherung. Und somit gibt es dann auch eine gute Basis, um diesen Bereich zu

privatisieren! Und darum geht es wohl in Wirklichkeit. Es geht darum, wie in Deutschland, für gewisse finanziell gut gestellte Gruppen die Möglichkeit zu schaffen, sich eine Versicherung auszuwählen und somit die Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht zu ersetzen.

Mehr-Klassen-Medizin wird gefordert!

Die Ärztekammer will für die Zukunft ein „Mehrstufiges Versicherungsmodell“. Dies bedeutet eine verpflichtende medizinische Grundversorgung durch die „Basisversicherung“, Spitzenmedizin aber nur bei entsprechender Zusatzversicherung oder Bezahlung! Wer sich z.B. eine Transplantation nicht „leisten will“, bekommt eben keine! So einfach ist die Welt für die Ärztekammer! Und was sagen unsere Parlamentsparteien dazu? Sie schweigen! Was sagen ÖGB und Arbeiterkammer dazu? Sie schweigen! Der GLB schweigt nicht! Wir zeigen auf, was für die Menschen wichtig ist. Wir konfrontieren die anderen Fraktionen in der Arbeiterkammer mit den Themen, über die sie nicht reden wollen! Wegen der AK-Wahlen wurde das Thema Gesundheitsreform jetzt totgeschwiegen. Aber die „Reform“ soll mit 1. Jänner 2005 in Kraft treten. Es wird nicht einfach sein, die Vorschläge der Ärztekammer vom Verhandlungstisch zu bringen. Aber der GLB in der Arbeitskammer ist sicher eine gute Voraussetzung dafür!



Euer



Team

GLB - GRILLFEST

mit Live-Musik und Tombola



Am 18. Juni 2004



Ab 15.00 UHR - open end

Wo:

***HUGOGASSE 8 - im Garten
(Straßenbahnstation 71 & 6 – Braunhubergasse
oder U3-Station Simmering)
1110 Wien***

***MITZUBRINGEN SIND
HUNGER UND GUTE LAUNE!***

**Auf Euer Kommen
freut sich**

Euer **GLB - Team**



GdG - Mitgliedskarte neu – Mit Kreditkartenfunktion

Wir möchten alle unsere Leser darauf hinweisen, dass die neue Mitgliedskarte mit Kreditkartenfunktion noch nicht erhältlich ist.

In unserer letzten Ausgabe unserer Betriebszeitung erklärten wir ausführlich „**WIE, WANN und WO**“, diese Mitgliedskarte zu erhalten ist!

Ab Juni 2004 werden die neuen Mitgliedskarten an alle Mitglieder verschickt, (ohne Kreditkartenfunktion) möchte ein GdG-Mitglied nun diese Zusatzfunktion, muss es zu einer Filiale der BAWAG oder Postsparkasse (mit Ausweis).

Gleichzeitig werden auch Anmeldeformulare für Mitgliedskarten mit Kreditkartenfunktion mitverschickt! – **Daher liebe KollegenInnen, wartet bis ihr eure neue Mitgliedskarte und das Anmeldeformular im Sommer erhaltet!**

Eine Kontoeröffnung bei BAWAG oder Post ist nicht notwendig!

Sinn und Unsinn der USTRAB – Signale

Seit einiger Zeit funktioniert die Anlage 1 in der USTRAB nicht. Böse Zungen behaupten sogar „die funktioniert nie“!

Was ich als (technischer) Laie nicht verstehe ist, dass im Zeitalter der Hochtechnologie, die Funktion der Anlage nicht in den Griff zu bekommen ist.

Da die Signale in den meisten Haltestelleneinfahrten, bei Anlage 2 auf gelb-gelb (15 kmh- fahren auf Sicht lt. Schulungsunterlagen) stehen, der Haltestellenbereich aber fast bis zur nächsten Haltestelle einzusehen ist, fühlen sich die Fahrer schon fast entmündigt.

Im Oberflächenverkehr wird den ausgebildeten FahrerInnen die Geschwindigkeit zum gefahrlosen Einfahren und Anhalten in den Stationen zur Selbsteinschätzung überlassen. Im Tunnelbereich wird diese Selbsteinschätzung in Frage gestellt.

Aber nicht nur die FahrerInnen kommen sich gefrotzelt vor, auch die Fahrgäste sind der Meinung man fährt absichtlich so langsam, sodass sie den Anschlusszug in der nahen Haltestelle nicht mehr erreichen.

Fragen der Fahrgäste wie z.B. „Na, wollen´s den Zug jetzt in die Station tragen oder fahr´ma doch no a Stückl?“ und diverse andere Anpöbelungen

sind auf den USTRAB – Linien an der Tagesordnung.

Man kann es auch hinlänglich verstehen, weil man wirklich von einer Haltestelle bis zur nächsten sehen kann.

Die Anregung des Fahrpersonals wäre folgende:

Verkehrsvorschrift wie im Oberflächenverkehr, wobei die bestehenden USTRAB-Signale als Erinnerungs- bzw Informationssignale gelten sollten. Denn im Bereich Eichenstrasse kommend vom Matzleinsdorferplatz oder Laurenzgasse kommend von der Kliebergasse – also in nicht einsehbarer Haltestellenbereiche, sind die Nachrücksignale wertvolle Informationen im Dienste der Sicherheit.

Die Zivilkontrolleure könnten in diesem Bereichen keinen Tadel bzw. Fleck anbringen, denn dann dürften die FahrerInnen ungestraft auch mit 20 kmh in die Haltestellen einfahren – und vor allem wäre der **Sinn und Unsinn** der USTRAB-Signale geklärt.



Eva Harrer
Bhf. Fav.

Die Pensionsreform der Gemeinde Wien



Die Belastungslawine rollt weiter. Mit der Pensionsreform wurde defakto eine Anpassung an das ASVG bis 2020 beschlossen.

Sie bedeutet in Zukunft eine Reihe von Verschlechterungen für unsere Bediensteten

von lebenslanger Durchrechnung, späteren Pensionseintritt, Verschlechterung der Hinterbliebenenvorsorge und bei Dienstjubiläum.

Als besonders abzulehnen ist auch eine geplante Erhöhung der Pensionsbeiträge für Pensionisten um 0.8%, dies bedeutet eine weitere Verschlechterung und Belastung unserer Bediensteten in Ruhestand.

Zur Erinnerung, bis vor wenigen Jahren waren die jährlichen Pensionsanpassungen an die Lohnabschlüsse der aktiven Gemeindebediensteten gekoppelt!

Abzulehnen ist auch, die wesentliche Schlechterstellung der Frauen, sie müssen weit aus länger bis 65 arbeiten als ASVG-Versicherte, der GLB sieht darin eine wesentliche soziale Schlechterstellung der weiblichen Bediensteten der Gemeinde Wien!

Diese Pensionsreform bedeutet in weiten Bereichen eine Annäherung an das ASVG – System, jedoch nicht das Ende der Reformen.

Mit der geplanten Harmonisierung aller Pensionssysteme wird es zu einer weiteren Verschlechterung in allen Bereichen kommen!

Für die Mehrheit der Gemeinde Wien Bediensteten war der Beweggrund bei der

gemeinde Wien zu arbeiten - das Praktikum und ein gesicherter Lebensabend, dafür wurden auch geringere Anfangsgehälter in Kauf genommen, daher ist diese Reform als unsozial abzulehnen!

Der GLB steht auf dem Standpunkt, dass nur eine Stichtagsregelung (siehe Stichtagsregelung) eine faire Lösung für alle Bediensteten wäre.

Stichtagsregelung:

Ab einen festzulegenden Stichtag, gilt für alle neueintretenden BeamtenInnen die neuen Pensionsregelungen, für alle Bediensteten die ihren Dienst vor den Stichtag bei der Gemeinde Wien antraten gilt das bisherige Pensionssystem!

Positiv hervorzuheben ist die geplante Schaffung einer Pensionskasse für Beamte und Vertragsbedienstete.

Eine geforderte Urabstimmung über das Reformpaket wurde mit der Mehrheit der FSG im Wiener – Vorstand abgelehnt!

Die Pensionsreform wurde mit den Stimmen der FSG beschlossen!

Die Pensionsreform im Detail

Gesetzliches Pensionsantrittsalter bleibt bis 2009 bei 60zig Einschleifregelung von 2010 bis 2014 (Endausbau 2019)65zig ab 1.1.2020 mit 40 jähriger Durchrechnung

Aufwertungsfaktoren

- „Speicherwerte“ werden ab 1.1.2002 nicht mit ASVG Aufwertungsfaktoren erhöht
- Erhöhung nach V/2
- Verlustminderung mind. 6% (heutige Sicht)

Gesetzliches Pensionsantrittsalter

- bleibt bis 2009 bei 60zig
- Einschleifregelung von 2010 bis 2014 (Endausbau 2019)
- 65zig ab 1.1.2020
-

Abschläge –vom gesetzlichen Antrittsalter

- Abschlag ab 1.1.2005 von 0,28%/Monat, max. 18%
- Einschleifregelung bis 2009 nach der Formel

Abschläge alt x Jahre + 4

- z.B.: Pensionsantritt mit 55
 - Abschläge alt 10%
 - Abschläge neu 16,8%
 - Einschleifregelung = $2 \times 5 + 4 = 14\%$

Mindestpensionsalter

- Mindestpensionsalter nach 540 Monaten Gesamtdienstzeit (Rechtsanspruch auf Ruhestandsversetzung)
- Abschlag vom gesetzlichen Pensionsantrittsalter 0,28%/Monat – Malus max. 16,8%

- Zuschlag über 540 Monaten von 0,28%/Monat – Bonus max. 16,8%

Freiwilliges Pensionsantrittsalter

- ab dem 60zigsten Lebensjahr
- „kann“-Bestimmung
- unabhängig von der Gesamtdienstzeit
- Abschlag von 0,33%/Monat

Nachkauf und Kauf von Zeiten

- „KrankenpflegeschülerInnen“, „Lehrlinge“ können mit ASVG Aufwertungsfaktoren nachkaufen
- Akademiker können zu 66% der Einstiegsbezüge ihre Mindeststudiendauer kaufen
- Nachkauf auch für Teilzeitbeschäftigung zur Pflege eines Kindes

Dienstunfähigkeit

- „dauernde Dienstunfähigkeit“/ einjähriger Krankenstand muss mind. 4 Wochen unterbrochen werden
- Zurechnung nach §9 für alle (max. 10 Jahre, max. 100%) – auch für Hilfsberufe
- 11,05% vom Zurechnungsbetrag als Pensionsbeitrag
- Erwerbsunfähigkeit bei Dienstunfall

Pensionsbeiträge - Aktive

- 12,55% für vor dem 1.12.59 Geborene – 7% Durchrechnungsdeckelung bleibt

- 11.05% für nach dem 30.11.59 Geborene – Schaffung eines Pensionskassenmodells

Pensionsbeiträge - Pensionisten

- Erhöhung um 0,8% für alle
- Abflachung bis 2020 auch für RVZG
- 0,5% für Pensionisten bis 70% ASVG Höchstbeitragsgrundlage, 5% von 70% bis 140% ASVG Höchstbeitragsgrundlage, 10% für darüberliegende Pensionen (ab ca. • 4.800)

Pensionskasse

- für BeamtInnen die nach dem 30. Nov. 1959 geboren sind
- für Vertragsbedienstete (für Frauen nach dem 30. Juni 1953 geboren sind, für Männer die nach dem 30. Juni 1948 geboren sind)
- Sockel v. • 18,51, 1%, 2% Grundmodell Sockel v. • 18,51 1% von Sockel bis ASVG Höchst 2% über ASVG Höchst. Ausbaustufe für Beamtinnen die zwischen 1960 und 1970 geboren sind, sowie für Vertragsbedienstete (Frauen bis Juni 1963 und Männer bis 30. Juni 1958) und sich selbst beteiligen
 - Sockel rd. • 28
 - 2% bis ASVG Höchst

Dienstjubiläum: Nur mehr echte Jahre ab 1.1.2005

Weitere Deckelung:

Für alle nach dem 30. Nov. 1959 geborene 10%ige Deckelung (Vergleich mit 18-jähriger Durchrechnung inkl. 7% Deckel)

Abschlagsregelung

- Anhebung auf 0,42% - Nachdienstregelung
- Verordnungsermächtigung für Stadtsenat, Schwerarbeiterregelung, 0% -0,42%; individuelle Arbeitsplatzbetrachtung notwendig

Maßnahmen, insbes. für Frauen

- Durchrechnungsminderung um 36 Monate je Kind
- Pensionsbeitrag bei Teilzeit f. Kind & Familienhospiz
- Erhöhung des Kinderhinzurechnungsbetrages
- Kinderhinzurechnungsprozentsatz, max. 60 Monate

Ruhensbestimmung:

Zuverdienstgrenze von 30 auf 40 % der E1

Hinterbliebenversorgung:

Spreizung von 40/60 auf 0/60

**Euer Kollege Roman Böhm-Raffay
Mitglied des Wiener Vorstandes**



Die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen

Kaufmannes zwingt ihn per Gesetz, die zukünftige Entwicklung seines Geschäftes sorgfältig zu planen und entsprechende Vorsorgen zu treffen.

Für PolitikerInnen gilt dies aber anscheinend nicht.

Laut Bestandsstatistik der Gemeinde Wien zählten am 31.12.1997 zur Wiener Wohnbevölkerung (Hauptwohnsitz) 1,609.631 Personen. Mehr als 20 Prozent dieser EinwohnerInnen waren zu diesem Zeitpunkt über 60 Jahre alt, womit Wien im Vergleich zu den anderen Bundesländern den viertgrößten Altenanteil aufweist.

Seither sind auch schon wieder einige Jährchen ins Land gezogen und man kann ruhig davon ausgehen, daß sich dieser Prozentsatz einigermaßen erhöht hat.

Rund die Hälfte dieser 322.000 Personen zählt zu den über 75-jährigen und man kann davon ausgehen, daß die meisten von ihnen in irgendeiner Form der Betreuung bedürfen. Dies umso mehr, als die überwiegende Mehrheit in Ein-Personen-Haushalten lebt und diese Isolation für sich schon schwer erträglich ist.

All diese Zahlen und Fakten sind den Wiener PolitikerInnen selbstverständlich bekannt.

In einer Stadt, die für sich in Anspruch nimmt, der westlichen Zivilisation anzugehören, sollte man eigentlich davon ausgehen, daß diese Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und ihren Anteil zur Entwicklung dieser Stadt und dieses Landes beigetragen haben, auch menschenwürdig und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln betreut und versorgt werden. Und zwar sowohl physisch als auch psychisch.

Daß dem nicht so ist, wissen wir spätestens, seitdem die katastrophalen Zustände in einigen Wr. Geriatriezentren publik wurden.

Wer nun erwartet hat, daß die zuständigen PolitikerInnen in sich gehen und entsprechende Maßnahmen setzen, wurde bitter enttäuscht. Alles, was ihnen dazu eingefallen ist, ist die Schließung von Stationen und der weitere Einsatz des Sparstiftes.

Was dringend notwendig ist, ist die rasche Errichtung einer ganzen Reihe von betreuten Wohneinrichtungen, der Ausbau der Betreuung zu Hause (und zwar im großen Stil!) und eine gewaltige Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe im geriatrischen Bereich.

Dazu gehört selbstverständlich auch eine leistungsgerechte Bezahlung des eingesetzten Personals sowie eine entsprechende Imagekorrektur der Berufsbilder.

Daß man das der Konzernleitung des Krankenanstaltenverbundes und den zuständigen RessortpolitikerInnen erst sagen muß, läßt darauf schließen, daß Wien vielleicht doch nicht ganz so zivilisiert ist...

meint euer GLB-Team



AK -WAHL WIEN 2004

Der **GLB** konnte sein AK-Mandat erfolgreich verteidigen. Einziger Wehrmutstropfen war die Tatsache, dass wir um 2 Stimmen das 2. Mandat in der Arbeiterkammer verpassten.

Der **GLB** ist somit die einzige Fraktion mit dem gewaltigsten Stimmenüberhang!

Wir werden als einzige linke Alternative in der AK vertreten sein und für mehr Demokratie und Transparenz, für eine entscheidende Stärkung der Position der Frauen in allem Bereichen unserer Gesellschaft und für eine menschenwürdige und existenzsichernde Arbeit eintreten.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen für das in uns gesetzte Vertrauen.

Danke.

Euer



Team

Nähere Informationen über das Ergebniss der AK - Wahl auf unserer Homepage

www.glb-gemeinde.at

Gesundheitsreform 2005 oder das Ende der Krankenkassen?

Gesundheitsministerin Rauch-Kallat lässt an einer Gesundheitsreform arbeiten. Sie will das bestehende System grundlegend umbauen. Es sollen „Gesundheitsagenturen“ eingerichtet werden. Die bisherigen „Finanziers“ des Gesundheitssystems – Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen – zahlen ihre Beiträge in den Agenturen ein und diese finanzieren damit das System. Finanzierung aus einer Hand nennt das die Frau Bundesministerin. Die Krankenkassen werden damit zu reinen Inkasobüros, die nur mehr Beiträge einheben, aber nicht mehr entscheiden können, welche Leistungen ihre Versicherten bekommen.

Über die Verwendung der Mittel entscheiden ausschließlich die Agenturen. Sie verhandeln die Honorare mit den Ärztekammern, entscheiden über die Spitalsfinanzierung (welches Spital bekommt wie viel Geld), oder wem in welchem Ausmaß Rehabilitation und Kur bewilligt werden. Die Gremien der Agenturen welche diese Entscheidungen treffen, werden nach der „finanziellen Verantwortung“ zusammengesetzt. Wer mehr zahlt, hat mehr Stimmen. Die Krankenkassen sollen in Summe auf ca. 40 Prozent kommen, der Bund auf ca. 20 und Länder und Gemeinden auf ca. 40 Prozent.

„Kleine“ Krankenkassen wie die KFA der Wiener Gemeindebediensteten, die Betriebskrankenkasse der Wiener Linien oder die Betriebskrankenkasse der ÖBB werden in dem System faktisch nichts mehr zu reden haben, die Gebietskrankenkasse nur sehr wenig.

Alle Krankenkassen sollen nämlich wie der Hauptverband „umgefärbt“ werden. ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnenvertretungen sollen im Ausmaß der Beitragsleistung vertreten sein, Geld ist somit der einzige Maßstab

für das Stimmrecht! Dass die ArbeitnehmerInnenvertretung ja auch die Rechte der versicherten Beschäftigten vertritt, soll in Zukunft keine Rolle mehr spielen!

Gesetzliche Zwangsprivatisierung droht!

Im Regierungsübereinkommen von Blau-Schwarz ist festgeschrieben, dass es mit der Gesundheitsreform den Sozialversicherungen verboten sein soll, selbst Leistungen zu erbringen. Ambulatorien der Krankenkassen, das Hanuschspital der Wiener Gebietskrankenkasse, die Unfallkrankenhäuser und Rehabilitationskliniken der AUVA (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt) und die Kuranstalten dürfen dann nicht mehr selbst betrieben werden.

Der Betrieb muss an eine Privatfirma vergeben werden, bzw. müssen diese Einrichtungen verkauft werden. Zwei Ex-Politiker des liberalen Forums, der Bauunternehmer Haselsteiner und der Gesundheitsökonom Köck, haben bereits eine Krankenhausmanagementfirma gegründet, um hier groß einsteigen zu können!

ÖVP-total neoliberal

Nicht vergessen darf man auch darauf, dass der ÖVP-Wirtschaftsbund seit kurzem die Forderung vertritt, alle Krankenhäuser seien zu privatisieren. Es war auch schon zu hören, dass im Zuge der anstehenden „Finanzausgleichsverhandlungen“ auf Länder und Gemeinden entsprechend Druck gemacht werden soll. Bei diesem wird auf fünf Jahre festgeschrieben wie viel Steuergelder die einzelnen Länder und Gemeinden vom Finanzmi-

nister zur Besorgung ihrer Aufgaben überwiesen bekommen.

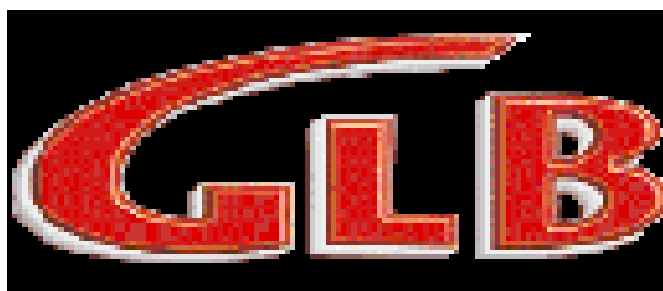
In der ÖVP wird jetzt überlegt, die „Braven und Sparsamen“ zu belohnen und die „ewig Gestrigen“ zu bestrafen. Wer also für seine Pragmatisierten Pensionskürzungen macht, die Pragmatisierung abschafft, die Spitäler privatisiert und so weiter, bekommt mehr Geld aus dem Steuertopf, als jene die sich weigern Sozialabbau und Privatisierung nach dem Diktat der Bundesregierung durchzuziehen!

Angst vor der eigenen Courage?

Es ist schon eigenartig, dass die Oppositionsparteien im Parlament, das Wiener Rathaus,

ÖGB und Arbeiterkammern so schweigsam sind. Worauf warten sie? Wenn sich die Regierung auf ein System geeinigt hat, wird es sehr schwer sein, sie davon wieder abzubringen! Jetzt muss man Flagge zeigen! Jetzt muss man durch Mobilisierung der Betroffenen und politischen Druck dafür sorgen, dass dieser neoliberale Wahnsinn nicht Wirklichkeit wird! Die Hoffnung, mit sozialpartnerschaftlicher Päckelei etwas verhindern zu können, sollte man nicht haben, was dabei herauskommt, hat man ja bei der „Pensionsreform“ bereits gesehen! Konsequente Interessensvertretung mit dem notwendigen Widerstand ist angesagt!

Rudi Fischer



DER *Mai-Juni* **WINKER**

IMPRESSUM:

Herausgeber, Verleger und Hersteller:

Fraktion GLB in der GdG, 1090 Wien, Maria Theresien Str. 11. **Redaktionsbüro:** 1170 Wien, Eleterleinplatz 6/2 - Tel.: 407 69 36; e-mail: glb.gemeinde@aon.at

www.glb-gemeinde.at

Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Fotos: copyright by GLB/GdG